Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** Telephon Nr 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 122. **Dienstag, den 29. Mai 1900.** 7. Jahrgang.

Mittwoch: Volksversammlung im Reuterkrug.

Hierzu eine Beilage.

Vor Thoresschluß.

A. K. Am 21. April d. Js. hat der Lübecker Senat bekanntlich das berühmte Streikpostenverbot erlassen, am 26. Mai d. Js. erst ist es dem Amtsblatte gelungen, sich zu einer Begründung des Dinges pflichtgemäß aufzuschwingen. Eine echte, rechte Schwergeburt! Natürlich wird auch nicht der leiseste Versuch gemacht, die Verordnung, die nach unserer und vieler anderer Leute Ansicht auf einer flagranten Ueberschätzung der einzelstaatlichen Machtbefugnisse beruht und einen Eingriff in die Rechte des Reiches darstellt, rechtlich zu begründen. Durch demagogische Phrasen, wie „Vergewaltigung ruhiger Arbeiter“, „sozialdemokratisches Rowdythum,“ „sozialistischer Terrorisirungszwang“, „terroristischer Uebermuth“ u. s. w. sucht man den Mangel an Logik zu verdecken. Ein Hinweis auf die Oeynhausener Rede, eine Klage um das verscharrte Zuchthausgesetz, dessen partielle Wiederauferstehung in der Verordnung „auf das Freudigste begrüßt“ wird, und — fertig ist die Laube! Einer solchen Argumentation gegenüber Worte verlieren, hieße Worte vergeuden! Wenden wir uns lieber dem spezifisch lübischen Theile des ebenso langen, wie inhaltlosen Artikels zu! Dort wird behauptet: „Hier in Lübeck hat das Verbot des Streikpostenstehens beim Ausstande der Braunbierarbeiter und der Schmiede seine gute Wirkung bereits ausgeübt, wenn auch das hiesige sozialdemokratische Organ das Gegentheil erklärt. Wir haben Beweise für unsere Behauptung und werden sie uns durch nichts abdisputiren lassen.“ — Wer möchte da nicht laut auflachen? Als die Verordnung erlassen wurde, streikten die Schmiede, Schuhmacher und Tapezierer. Alle drei Streiks haben mit gutem, zum Theil sehr gutem Erfolge geendet. Arbeitswillige haben sich wenige, bei den Schmieden gar keine gefunden. Es ist also vorzüglich gelungen, den Zuzug fernzuhalten. Wenn das die gute Wirkung der Verordnung ist, — können die Arbeiter mit ihr vollauf zufrieden sein. Und die Behörde? Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Polizei bisher von der Verordnug keinen Gebrauch gemacht hat — warum denn nicht? Das ist doch einfach unverständlich; Gelegenheit ist ihr sicher genug geboten worden. Und den Arbeitern wäre es, das können wir bestimmt versichern, sehr angenehm gewesen, wenn man von der neuen Waffe Gebrauch gemacht hätte. Sie waren nämlich recht gespannt darauf, was die Gerichte wohl sagen würden. Hier stehen wir vor einer Art Räthsel, dessen Lösung auch das Amtsblatt wohlweislich aus dem Wege geht. Sicherlich wäre es doch auch dem Senate lieb gewesen, das Gutachten der Strafjustiz zu hören; das müssen wir dank unserem beschränkten Unterthanenverstande wenigsten glauben, wenn's uns auch manchmal etwas schwer fällt. Wir konstatiren wiederholt und ausdrücklich, daß die Organe der Polizei sich bei den verflossenen umfangreichen Lohnbewegungen absolut jeglicher Intervention enthalten haben, wir konstatiren ferner, daß bei den Streiks keinerlei Ausschreitungen seitens der Ausständigen begangen wurden, wir konstatiren endlich, daß durch die treffliche Organisation der lübischen Arbeiter alle Streiks größere oder kleinere Erfolge eingebracht haben; keiner ist verloren gegangen!

Wenn man daraus Beweise für die Nothwendigkeit der Verordnung zu ziehen vermag, gut! Wer das thut, den beneiden wir wahrlich nicht um sein politisches Geschick. Wir können mit mehr Berechtigung die Behauptung aufstellen, daß Dank der Schulung der Arbeiter durch die gewerkschaftlichen Verbände die Lohnkämpfe sich in weit geordneterer Weise vollziehen, als früher, und daß der Staat alle Ursache hätte, dieser gesunden Entwickelung keinerlei Hindernisse zu bereiten. Die lübische Arbeiterschaft hat sich bisher wegen der Verordnung keine grauen Haare wachsen lassen und wird es in Zukunft erst recht nicht thun. Die Organisationen haben so feste Wurzeln geschlagen, die Ueberzeugung von ihrer Nothwendigkeit, ihrem Nutzen, ist so tief in die Massen eingedrungen, daß Verordnungen, wie die vom Senate am 21. April erlassene, thatsächlich nur den Werth einer vorübergehenden Erscheinung haben. Die lübische Arbeiterschaft war mit der Verordnung fertig von dem Tage an, da das Gesetzblatt sie zu ihrer Kenntniß brachte. Sie las sie und legte sie zu den Akten.

Anders liegt freilich die Sache für den Reichstag! Dessen heilige Pflicht ist es, zu wachen über die Verfassung und ein scharfes Veto einzulegen, wenn irgend Jemand es wagt, sich über die Reichsrechte hinwegzusetzen. Daß er auch in diesem Falle sich auf seine Pflicht besinnen und mit dem Lübecker Senat ein paar kräftige Worte reden wird, halten wir für selbstverständlich. Wir werden die Bevölkerung von den Reichstagsverhandlungen ganz eingehend unterrichten.

Es war für uns interessant, daß das offiziöse Blatt noch kurz vor Thoresschluß sich den Verlegenheitsartikel abquälte, dem wir außerdem noch mit Genugthuung einen neuen Beweis der Werthschätzung entnehmen, welche der Reichstag seitens der Nationalliberalen erfährt. Eine Maßregel, die einem Reichstagsbeschlusse strikte zuwiderläuft, findet ihre ausdrückliche Billigung. Das notiren wir uns unter der Versicherung, daß wir den ganzen Vorgang genau so „raffinirt agitatorisch“ verwerthen werden, wie die selige Zuchthausvorlage.

Dafür einen wirklichen Beweis, mit dem wir nicht, wie die Jenseite, ängstlich hinter dem Berge zu halten brauchen: **Seit dem 21. April 1900 haben die Gewerkschaften Lübecks Hunderte von Mitgliedern gewonnen.**

Das lassen wir uns nicht abdisputiren!
Und es freut uns!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 26. Mai 1900.

Der Reichstag ist heute in die Ferien gegangen, die freilich sehr kurz sein werden, da schon am 6. Juni die Sitzungen wieder beginnen sollen. — Die Flottenvorlage ist es, die fast ausschließlich den Rest der Session beherrschen wird. Um zu dieser Arbeit neue Kräfte mitzubringen, sollen die Volksvertreter zwar kurze, aber um so intensivere Pfingstferien genießen, so wünschte ihnen am Sitzungsschluß Präsident Graf Ballestrem, der leider vergaß, das Rezept anzugeben, wie man eine Ruhezeit intensiv ausgestaltet.

In erster und zweiter Lesung wurde heute zunächst das Gesetz betr. Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England angenommen; freilich wurde die Verlängerung nur auf ein Jahr und nicht, wie die Regierung es wünschte „bis auf Weiteres“ zugestanden. Bei der Gelegenheit kam die Vorbereitung des neuen Zolltarifs zur Sprache, wobei Staatssekretär Graf Posadowsky es als sicher hinstellte, daß derselbe bereits in der nächsten Session dem Reichstage zugehen werde. Der Freisinnige Broemel tadelte nicht mit Unrecht die Geheimthuerei, mit der man bei den Vorarbeiten zu den neuen Handelsverträgen zu Werke gehe. — Nach den Ferien hat, entgegen den Wünschen der Regierung, die die Vorlage schon jetzt verabschiedet wünschte, noch eine dritte Lesung des Provisoriums stattzufinden.

Nach diesem Intermezzo ging die dritte Berathung der Unfallversicherungsnovelle weiter. Beim sog. „Mantelgesetz“ gelang es uns, wenigstens eine kleine Verbesserung durchzusetzen und den Berufsgenossenschaften das ihnen in zweiter Lesung zugebilligte gefährliche Recht, Arbeitsnachweise zu errichten, zu nehmen.

Bei der Berathung des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft wurden wenigstens konservative Verschlechterungen gegenüber den Beschlüssen zweiter Lesung abgewehrt. Zu gar keiner Diskussion gaben die Gesetze über See- und Bauunfallversicherung Veranlassung; ebensowenig entspann sich eine solche über das Gesetz betr. Gefangenenfürsorge.

In der Gesammtabstimmung über die ganze Novelle — unter die bekanntlich das letzterwähnte Gesetz nicht fällt — stimmte unsere Fraktion mit dem gesammten übrigen Hause, d. h. mit Ja. Durchaus mangelhaft, wie die neuen Gesetze trotz aller unserer Bemühungen ausgefallen sind, bedeuten sie doch immerhin eine Verbesserung gegenüber dem bestehenden Zustande.

So ist — ein mehr als seltener Fall! — die Novelle zur Unfallversicherung schließlich einstimmig angenommen worden.

---

203. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky, Graf v. Bülow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und eventuell zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reich, wodurch der Bundesrath auch über den 30. Juli 1900 hinaus bis auf Weiteres ermächtigt wird, den Angehörigen und den Erzeugnissen des britischen Reiches und seiner Kolonien (mit Ausnahme von Canada und Barbados) das Recht der „Meistbegünstigung“ weiter zu gewähren.

Dr. Oertel (K.): Früher ist die Ermächtigung nur auf ein Jahr ertheilt, jetzt soll sie bis auf Weiteres ertheilt werden. Dem könnten wir nur zustimmen, wenn gewiß wäre, daß bereits im nächsten Jahre der neue Zolltarif zur Berathung käme.

Staatssekretär Graf von Posadowsky: Die Vorbereitungen für den neuen Zolltarif und das Zolltarifgesetz sind so weit gediehen, daß begründete Hoffnung vorhanden ist, daß diese Vorlagen in nächster Session vorgelegt werden können.

Broemel (FVg.) stimmt dem Verlangen der Vorlage zu. Was den Zolltarif anlangt, so ist nach offiziöser Meldung Abstand genommen von einer Vernehmung von Sachverständigen über die Höhe der Zölle. Jedenfalls wäre erwünscht, daß das neue Gesetz möglichst bald der Oeffentlichkeit unterbreitet würde.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der neue Zolltarif ist so gut vorbereitet, wie vorher ein ähnliches Gesetz. Das Reichsamt des Innern und das Reichsschatzamt ist durch die Interessenten auch vollkommen unterrichtet über die Wünsche betreffs der Zollhöhe der verschiedenen Artikel.

Dr. Paasche (NL.): Die Vorlage hat mich einigermaßen überrascht. Wer garantirt uns denn dafür, daß nicht wie Canada und jetzt Barbados so auch später weitere Kolonieen von dem Meistbegünstigungsverhältniß herausgebröckelt werden? In einzelnen Fällen könnte uns das recht empfindlich werden. Mir wird die Zustimmung unter diesen Umständen nicht leicht.

Roesicke-Dessau (Wildlib.) hält die scharfe Zurückweisung der Ausführungen des Abg. Brömel durch den Staatssekretär nicht für angebracht.

Damit schließt die erste Berathung. Zur zweiten Berathung liegt vor ein Antrag Rösicke-Kaiserslautern (B. d. L.) die Worte „bis auf Weiteres“ zu ersetzen durch „bis zum 30. Juli 1901.“

Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit angenommen; ebenso der so veränderte Gesetzentwurf in zweiter Lesung.

Rickert (FVg.) beantragt, sofort die dritte Lesung vorzunehmen; zieht aber diesen Antrag auf den Widerspruch des Abg. Dr. Sattler (NL.) zurück.

Hierauf wird die dritte Berathung der Unfallversicherungs-Novelle beim sogenannten Mantelgesetz fortgesetzt.

§ 9 handelt von den Kosten des Schiedsgerichts. Hier beantragen die Sozialdemokraten, folgenden Abs. 4 zu streichen: „Das Schiedsgericht ist befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Muthwillen oder ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verfahren derselben veranlaßt sind.“

Der Paragraph wird unter Ablehnung dieses Antrages angenommen.

§ 20 lautet: „Die Berufsgenossenschaften sind berechtigt, Einrichtungen zu treffen 1) zur Versicherung der Betriebsunternehmer und die ihnen in Bezug auf Haftpflicht gleichgestellten Personen gegen Haftpflicht, 2) zur Organisation des Arbeitsnachweises.

Die Theilnahme an diesen Einrichtungen ist freiwillig. Soweit es sich um Haftpflichtansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung handelt, darf bei Einrichtung unter 1 nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden. Bei der Einrichtung zu 2 sind die Arbeiter in gleichem Umfange wie die Arbeitgeber an der Verwaltung zu betheiligen.“

Hier beantragt Abg. Rösicke-Dessau (wildlib.) die Ziffer 2 und ebenso den zweiten Satz im Abs. 2 zu streichen.

Dagegen beantragen die Sozialdemokraten, die Ziffern 1 und 2 zu streichen. Ferner den ganzen Abs. 2 zu streichen.

Nach kurzer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Der Antrag Rösicke wird angenommen, ebenso der so veränderte Paragraph.

In § 22, der die Gesetzeskraft behandelt, beantragen die Abgg. Trimborn (Z.) und Gen. den Abs. 4 zu fassen wie

folgt: „Im Uebrigen tritt dieses Gesetz am 1. Oktober 1900 in Kraft.". (Vorlage: mit dem Tage der Verkündung).

Der Paragraph wird mit dieser Aenderung angenommen.

Darauf wird Einleitung und Ueberschrift und dann in der Gesammtabstimmung das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft.

§ 1 bestimmt den Umfang der Versicherung: „Alle in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamte, letztere, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn 3000 Mark nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert."

Die Absätze 6 und 7 beantragen die Abgg. Roesicke-Dessau (wildlib.) und Genossen wie folgt zu fassen:

Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, welche eine besondere, eine technische Vorbildung erfordernde Stellung einnimmt (Förster, Gärtner, Müller, Ziegelmeister, Stellmacher, Schmiede und andere Facharbeiter) wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft für ihren Bezirk festgestellt.

Als landwirthschaftlicher Betrieb im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Betrieb der gewerblichen Gärtnerei (Kunst- und Handelsgärtnerei, Baumschule und Samengärtnerei) Dagegen nicht die ausschließliche Bewirthschaftung von Haus- und Ziergärten.

Der Paragraph wird mit diesen Abänderungen ohne Debatte angenommen.

§ 6a bestimmt:

Bei Berechnung der Rente für Betriebsbeamte und die übrigen im § 1 Abs. 6 bezeichneten Personen, sowie für die sonstigen Arbeiter, welche hauptsächlich in Nebenbetrieben beschäftigt sind, ist der Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat.

Roesicke-Dessau (wildl.) beantragt die Worte „sowie" bis „beschäftigt und" zu streichen.

Der Abg. v. Waldow-Reitzenstein (K.) beantragt die Worte „und die übrigen in § 1 Abs. 6 bezeichneten Personen" zu streichen.

v. Waldow (K.) hält die Berechnung der Rente nach Individuallöhnen für undurchführbar.

Molkenbuhr (SD.): Wenn die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften die Facharbeiter durchaus haben wollen, so müssen sie diese Arbeiter bei der Rentenberechnung auch so behandeln, als wenn sie den gewerblichen Berufsgenossenschaften angehörten. Wir sind überhaupt dafür, daß auch bei landwirthschaftlichen Arbeitern die Rente nach Individuallöhnen berechnet wird. Die Durchschnittssätze sind von der Verwaltungsbehörde ganz willkürlich festgesetzt, und wir haben gar keine gesetzliche Gewähr, daß bei einer eventuellen Erhöhung diese Durchschnittssätze den wirklichen Durchschnittslöhnen entsprechen.

Der Antrag v. Waldow wird abgelehnt, der Antrag Roesicke angenommen. Ebenso in dieser Fassung § 6a.

§ 6a bestimmt: „Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer ist der für den Sitz dieses Betriebes festgestellte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde zu legen, sofern nicht durch das Statut hiervon abweichende Bestimmungen getroffen werden."

Die Abgg. Albrecht und Gen. (SD.) beantragen folgende Fassung: „Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer ist der Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welcher für die bestgelohnten Arbeiter des Kreises gezahlt wird."

Nach kurzer Debatte wird der Paragraph unter Ablehnung des Antrags Albrecht angenommen.

Bei § 9 beantragen die Sozialdemokraten, die Bestimmung zu streichen, wonach notorischen Trunkenbolden die Zahlung der Rente in Naturalien geleistet werden kann.

Dieser Antrag wird abgelehnt, § 9 nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird mit einigen unwesentlichen redaktionellen Aenderungen genehmigt.

In der Gesammtabstimmung wird das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft einstimmig angenommen.

Das Bau- und See-Unfallversicherungsgesetz werden nach Annahme einiger Abänderungsanträge Rösicke, die nur Konsequenzen früherer Beschlüsse darstellen, in der Gesammtabstimmung einstimmig angenommen. Auch die gestern nicht vorgenommene Gesammtabstimmung über das Gewerbeunfallversicherungsgesetz ergiebt die einstimmige Annahme desselben. Schließlich wird noch das Gesetz betr. Unfallfürsorge für Gefangene angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. Juni, 2 Uhr. (Flottenvorlage).

Präs. Graf Ballestrem: Ich wünsche den Herren eine, wenn auch leider nur kurze, so doch recht intensive Pfingsterholung und hoffe, daß Sie alle neu gestärkt hierher zurückkehren, zu hoffentlich nicht mehr sehr langer Arbeit. (Lebh. Bravo).

Schluß 3½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Einen glänzenden Sieg haben unsere Nürnberger Parteigenossen am Sonnabend in der Reichstagsersatzwahl, errungen. Soweit bisher festgestellt — es fehlen nur noch ein paar kleine Landbezirke, die am Gesammt-Resultat so gut wie nichts ändern — fielen auf unseren Kandidaten Gen. Dr. Südekum **22500** Stimmen gegen 14112, welche auf den Kandidaten des bürgerlichen Mischmasches, Fabrikbesitzer Seiler, fielen. Genosse Oertel erhielt 1897, als er für den verstorbenen Grillenberger eintrat, 20173, die verschiedenen Gegner zusammen 14094 Stimmen. Bei der Wahl 1898 erhielt Oertel: 22598 gegen 13872. Das Stimmenverhältniß ist also ziemlich gleich geblieben, wobei jedoch noch besonders in Betracht zu ziehen ist, daß es sich jetzt um eine Nachwahl handelt, wo notorisch die Stimmenzahl nicht so hoch wie bei Hauptwahlen ist. Unsere Nürnberger Genossen sind indeß auf dem Posten gewesen und ihre Anstrengungen haben sich glänzend belohnt gemacht. Alle Quertreibereien, alles Krähen mit dem Fall des unglücklichen Oertel haben nicht vermocht, einen Keil in das feste Bollwerk der Nürnberger Sozialdemokratie zu treiben. Wir möchten die betrübten Lohgerbergesichter der Nürnberger Freisinnigen-Nationalliberalen sehen! . . .

Die Flottenvorlage, die am 6. Juni auf die Tagesordnung des Reichstages kommt, soll, wie man nach Mittheilung der „Köln. Ztg." im Seniorenkonvent annimmt, in der Zeit bis zum 13. Juni erledigt werden, also zwischen Pfingsten und dem Frohnleichnamstage. Dann soll die Session geschlossen werden. Die ultramontane „Köln. Volksztg." verlangt zuerst die Erledigung der Steuergesetze und bemerkt:

„Wenn jetzt auch gute Aussicht ist, daß die Deckungsfrage im Sinne des Zentrums ihre Regelung findet, so werden doch diejenigen zahlreichen Mitglieder des Zentrums, welche, ohne volle Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer so starken Vermehrung unserer Flotte, ihre Bedenken nur nach einer durchaus befriedigenden Lösung der Deckungsfrage zurückstellen können und wollen, mit voller Ruhe und Sicherheit ihr Votum über das Flottengesetz erst abgeben können, wenn die Steuergesetze auch im Plenum des Reichstages vorher durchberathen sind."

Redensarten, nichts als Redensarten.

Das Zentrumsjubelfest. Eine gesunde Lebensweisheit scheint im Zentrum zu herrschen. Acht lange Jahre hindurch hat die Partei zu wiederholten Malen bald verschämte, bald unverschämte Versuche gemacht, ihre Begriffe von Moral und Sittlichkeit und Schicklichkeit dem deutschen Volke aufzuzwingen. Von ihrem ersten Auftauchen an sollte die lex Heinze diesem edlen Zwecke dienen. Zwischendurch gab die selige Umsturzvorlage den Dunkelmännern Gelegenheit, ihre Fühlarme auszustrecken. Unter dem Hohngelächter der ganzen gebildeten Welt ward dieselbe begraben. So wurde denn, nach mehrjähriger Pause das Verfrommungswerk wieder bei und mit der lex Heinze begonnen. Alles setzte das Zentrum daran, um jetzt endlich nach soviel mißglückten Anläufen zum Ziele zu gelangen: die traditionelle Freundschaft mit der bürgerlichen Linken, die Geschäftsordnung des Reichstags, die früher gerade das Zentrum wie seinen Augapfel hütete, die parlamentarische Redefreiheit, von der in den Kulturkampfzeiten gerade die Redner des Zentrums ausgiebigen Gebrauch gemacht, das Recht der Minorität, das im eigensten, wohlverstandenen Interesse zu hüten der vielgewandte Dr. Windhorst stets seiner Partei eingeschärft hatte. Und alle diese Opfer sind vergebens gewesen! Bis auf einen kleinen, wenig angenehmen, vielleicht sogar nicht ganz unschädlichen, aber im Vergleich zu der in Gedanken bereits verschlungenen Portion doch lächerlich kleinen Bissen hat das Zentrum die ihm scheinbar schon sichere Beute fahren lassen müssen. Gegenüber solchem Mißgeschicke, gegenüber solcher Enttäuschung bewahrt das Zentrum eine Haltung, der gegenüber die würdevolle Standhaftigkeit des römischen Senates nach der Schlacht bei Cannä viel von dem Glanze verliert, der sie bisher umwob. Der römische Senat zog in corpore dem Konsul entgegen, der den Verlust der Schlacht verschuldet hatte oder doch haben sollte und dankte ihm, daß er an der Rettung des Vaterlandes nicht verzweifelt habe. Das Zentrum setzte sich nach dem endgültigen Falle der lex Heinze in corpore an reichbesetzter Tafel nieder und — feierte ein Siegesmahl. Der gütige Leser denkt wohl, daß wir scherzen. Weit gefehlt! Wir haben die Kunde von diesem Siegesmahl aus der unverdächtigsten Quelle, aus der „Germania" geschöpft. Dort fanden wir einen mehrere Spalten langen Bericht über ein gemeinsames Festessen, das die Zentrumsfraktionen des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses in dem Festsaale des letzteren veranstaltet haben. Die „Germania" theilte den Speisezettel mit, der sehr verlockend klang, und vergaß auch nicht zu berichten, daß die Gerichte, die den frommen Kaplänen aufgetischt wurden, von vorzüglicher Qualität waren. Wir glaubens gern. Mit besonderer Wärme betont das fromme Blatt die „zarten Rehkoteletten". Ein Trost, daß die Herren Kapläne und Juristen, die das nackte Menschenfleisch also verabscheuen, doch noch das Fleisch der Thiere des Waldes zu schätzen wissen. Von den Reden, die bei dem Mahle erklangen, wollen wir schweigen, obwohl manche sich darunter befanden, die nicht eben uninteressant waren. So z. B. die des Grafen Hompesch, in der als Aufgabe des Zentrums außer dem „Kampf für unsere heilige Kirche" die „Stärkung der vaterländischen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande" betont wurde. Laut Bericht der „Germania" ist es sehr hoch hergegangen, weil die Partei diesmal drei freudige Ereignisse zu feiern hatte, nämlich 1) den 55. Geburtstag des Reichsgerichtsraths Dr. Spahn, 2) Herrn Dr. Liebers Rückkehr in die Oeffentlichkeit und 3) — die Annahme des Initiativantrags Hompesch. Der Initiativantrag Hompesch — das ist bekanntlich der klägliche Rest der lex Heinze, der die Gnade der Obstruktionsparteien dem Zentrum aus der verlorenen Schlacht mitzunehmen gestattete. Das Zentrum hat also — immer laut der „Germania" — eine Siegesfeier zu Ehren seiner Niederlage abgehalten! Und man hat sogar zu dieser Siegesfeier den Führer des Fähnleins eingeladen, dessen drohender Abfall die Niederlage zwar nicht entschieden, aber doch beschleunigt hat. Herr v. Jazdzewzky, das Haupt der Polenfraktion, war bei dem Liebesmahle der Zentrumsfraktion anwesend . . . . Man sieht, die frommen Herren verstehen nicht nur zu genießen, sondern auch zu verzeihen und zu vergessen. Vielleicht haben sie für die Zeit des Mahles sogar Herrn — Dasbach vergessen, der nicht anwesend gewesen zu sein scheint; wenigstens erwähnt ihn der Bericht der „Germania" mit keinem Worte. Wir gratuliren dem Zentrum zu seinem Temperament, denn „glücklich ist," sagt der Volksmund, „wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist."

Die Laufbahn eines Renegaten. Vor einiger Zeit erregte es Aufsehen, daß ein ehemaliger Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" plötzlich sein anti-marxistisches Herz entdeckte und zu den Nationalsozialen überging, um die dort ohnehin sehr stark vertretene Fraktion der „Enttäuschten" um seine werthe Person zu vermehren. Indessen scheint der Ex-Sozialdemokrat Max Lorenz bei den Nationalsozialen nicht auf seine Rechnung gekommen zu sein, denn er steuerte bald weiter nach rechts. Jetzt ist er glücklich am Ziele seiner Laufbahn angekommen und in die Redaktion der „Kreuz-Zeitung" eingetreten. In einer der letzten Nummern paradirt ein Leitartikel des Lorenz, betitelt: Die Sozialdemokratie und die „idealen Interessen". Der „Intellektuelle" Max Lorenz macht darin die anderen „Intellektuellen" darauf aufmerksam, daß sie von der Sozialdemokratie nichts zu hoffen, aber Alles zu fürchten hätten, denn die Banausen würden im Zukunftsstaat die Künstler als Karrenschieber oder Ziegelträger verwenden, was Lorenz durch Zitate aus Marx und Engels „beweist". — Wir gratuliren der „Kreuzzeitung" zu ihrem Lorenz; uns selbst, der Sozialdemokratie, gratuliren wir aber auch dazu, daß wir diesen „Intellektuellen" glatt losgeworden sind, ehe er uns blamiren konnte.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichstags-Ersatzwahl in Einbeck-Northeim an Stelle des Bündlers Harriehausen, dessen Mandat für ungültig erklärt worden ist, ist auf den 6. Juli anberaumt worden. — Zu der Reichstagsersatzwahl in Mülhausen i. E., die voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats Juni stattfindet, wurde von altdeutsch-gouvernementaler Seite Professor Dr. Faber als Kandidat dem Genossen Emmel gegenübergestellt. — In einer mißglückten Obstruktion haben sich die Konservativen am Mittwoch im Reichstage bei der Münzgesetznovelle versucht. Darauf muß noch ganz besonders hingewiesen werden gegenüber der Art und Weise, wie der Führer der Partei, von Levetzow, von „unerhörten Vorgängen" bei der lex Heinze gesprochen hat. Die Gegner der Münzgesetznovelle zählten im Reichstage noch nicht 30 Köpfe. Gleichwohl hatten sie durch die Androhung der Auszählung schon seit Monaten die Verabschiedung der Novelle verhindert. Die letzten Versuche machten sie am Mittwoch, indem sie unter antisemitischer Führung erstens die weitere Vertagung der Verhandlung beantragten und ferner die Beschlußfähigkeit des Reichstages bezweifelten, nachdem noch kurz vorher eine namentliche Abstimmung die Anwesenheit von nahezu 100 Mitgliedern über die Beschlußfähigkeitszahl hinaus erwiesen hatte. — Die Sonnabend in Mannheim tagende, vollzählig besuchte Genossenschaftsversammlung der Seeberufsgenossenschaft genehmigte einstimmig den Antrag des Vorstandes, daß die Seeberufsgenossenschaft die Aufsicht über den Tiefgang der Seeschiffe übernehme. — Die badische nationalliberale Kammerfraktion beschloß, nur dann für ein direktes Wahlrecht einzutreten, wenn zu den direkt zu wählenden Abgeordneten noch sieben von den Bürgerausschüssen, d. i. Stadtvertretungen, der fünf größten Städte gewählte Abgeordnete treten. Dadurch dürfte die badische Wahlreform gescheitert sein. — Die Wiener Gemeinderathswahlen, welche Freitag stattfanden, haben die herrschende Partei der Christlich-Sozialen noch weiter verstärkt. Es hatte sich von Anfang an Niemand über dieses Resultat einer Täuschung hingegeben, da die ganze Reform der Wahlordnung, wie sie im vergangenen Jahre durchgeführt wurde, eben dahin zielte, Herrn Lueger und seinen Freunden die Herrschaft zu sichern. — Auf der englischen Insel Jersey sind franzosenfeindliche Ruhestörungen vorgekommen. Die Schaufenster französischer Läden wurden eingeschlagen. Militär schritt ein und zerstreute die Volkshaufen mit gefälltem Bajonett. Dreißig Personen wurden verhaftet. — Die Unruhen in St. Louis (Amerika) dauerten auch Freitag noch an. Zwischen den Aufrührern und der Polizei wurden etwa 100 Schüsse gewechselt; 3 Personen wurden verwundet. — Die fremden- und christenfeindliche Bewegung der „Boxer" in China hat jetzt zu einem förmlichen Bürgerkriege Anlaß gegeben. Die chinesischen Truppen, die von der Regierung endlich nach wiederholten Ermahnungen der Mächte ausgeschickt worden sind, haben bedenkliche Niederlagen erlitten. Wie das Rentersche Bureau aus Peking meldet, wurde bei Puting-fu eine Abtheilung chinesischer Kavallerie von Angehörigen der Boxer Sekte angegriffen. Der Oberst fiel und siebenzig Mann wurden getödtet oder verwundet. Die Londoner Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Schanghai, demzufolge die Boxer zwei Dörfer in Szetschuan und Hupei zerstört und viele christliche Bewohner ermordet haben. Der in Tschinan-fu kommandirende General entsandte ein Regiment, um die Aufrührer niederzuwerfen, aber die Truppen fielen in einen Hinterhalt und verloren 26 Todte und eine Anzahl Verwundete. Der Vizekönig Tschang-Tschi-Jung ordnete die Entsendung weiterer Verstärkungen von Ilschang an. Die chinesische Regierung hat an das diplomatische Korps in Peking eine Note gerichtet, in welcher völlige Unterdrückung der Boxers in ganz China versprochen wird.

Frankreich.

Kröcher in Frankreich. In der Dienstagssitzung der französischen Kammer, in der das Kabinet Waldeck-Rousseau — Millerand ein-n erneuten Sieg über das buntscheckige Heer seiner Gegner erfochten, erhob sich auf den Bänken der Rechten Herr Paul Granier de Cassagnac, der Führer der autoritär-klerikalen Bonapartisten, um zu einem heftigen Angriff gegen die republikanische Regierungsform auszuholen. Die Pariser Munizipalwahlen, führte er aus, seien ein Zeichen dafür, wie stark die antirepublikanische Opposition sei. Dieselbe warte nur auf den kommenden Mann, um . . . „Wir werden ihn (den kommenden Mann) zu empfangen wissen", erscholl es bei diesen Worten aus den Reihen der Sozialisten dem alten Haudegen der Rechten entgegen. Man sieht, auch jenseits der Vogesen wartet die Reaktion auf den „starken Mann", sowie auch jenseits der Vogesen die Sozialdemokratie erlassenen Muthes seiner harrt. Vielleicht begeben sich demnächst die Herren v. Kröcher und Cassagnac gemeinsam auf die Suche. Viel Glück . . .

Ein neuer Dokumentendiebstahl im Kriegsministerium. Im Senat stellte Chaumie die Anfrage, ob die Behauptung eines Blattes, es seien Schriftstücke bezüglich der Dreyfus-Angelegenheit zum Zweck der Wiederauffrischung dieser Angelegenheit bei Seite geschafft worden, auf Wahrheit beruhe. Kriegsminister Gallifet erwiderte: Ich habe Dienstag in der Kammer gesagt, daß ich jene Dokumente nicht kannte, und daß die Dokumente nicht existirten. Ich hatte damals das Recht, das zu sagen. Ich muß heute leider erklären, daß ich mich geirrt habe. Am Tage nach der Sitzung hatte ich eine Unterredung und hatte dabei die Betrübniß, zu erfahren, daß Dokumente existirten, und daß sie durch einen Offizier des Kriegsministeriums einer politischen Persönlichkeit ausgeliefert worden seien. (Große Bewegung.) Dieses Verbrechen ist um so unfaßbarer, als der Urheber ein Offizier ist, der bisher für völlig ehrenhaft galt und meinen formellen Willen kannte, keiner Indiskretion und keinerlei Manifestation meiner Untergebenen zu dulden. Ich habe den Offizier kommen lassen, er gestand sein Vergehen ein. Dann, nach einem Augenblick des Schweigens, hob er den Kopf und äußerte das unerhörte

Wort: „Was ich gethan habe, ist ein politischer Akt.“ (Großer Lärm.) Dergleichen wagt ein Offizier dem Kriegsminister zu sagen, als ob es nicht die erste Pflicht der Militärs wäre, sich von jeder Politik fernzuhalten. (Stürmischer Beifall.) de Chamaillard: Sie sind ein Militär: Das verhindert Sie nicht, sich mit Politik zu beschäftigen! (Unruhe.) Kriegsminister Gallifet: Ja, aber ich bin Mitglied der Regierung. (Die Senatoren der Rechten gerathen mit denen der republikanischen Parteien in Wortwechsel.) Kriegsminister Gallifet: Der Senat kennt mich genügend, um zu wissen, daß ich gegenüber einem so schweren Vergehen unerbittlich sein mußte. Der schuldige Offizier ist sofort verabschiedet worden. (Großer Beifall. Lärm.) Die Geistesverfassung, die den Offizier verleitet, ist leider nicht vereinzelt. Nun wohl, es ist Zeit, damit zu enden. (Stürmischer Beifall.) Man hat gesagt, die Disziplin sei gelockert, weil ich krank gewesen sei. Ich war krank, es ist wahr, aber selbst während ich „am Krepieren war“, geschah nichts ohne meinen Befehl und meine Unterschrift. (Erneuter stürmischer Beifall.) Ministerpräsident Waldeck-Rousseau gab nun eine kurze Darstellung der Affäre Tomps. Ein gewisser P. stand in den Diensten des Zweiten Bureaus. Er richtete mehrere Bettelbriefe an die Surete Generale und an Tomps. Waldeck-Rousseau verlas die Bettelbriefe und entwarf ein wenig ansprechendes Porträt von P., einem Agenten des Zweiten Bureaus, der Beziehungen zu Tomps unterhielt. Als man ihm die Unterstützung abgeschlagen hatte, schrieb P., er könne Enthüllungen über Cernuschi, den Hauptbelastungszeugen im Renner Prozeß, machen. Dieser habe 3000 Franken erhalten, um seine Aussagen in Rennes zu machen. P. bot Beweise an, verlangte aber vorher Geld. Tomps antwortete nicht, P. schrieb abermals. Am 3. April beging nun Tomps die Unvorsichtigkeit, er schrieb an P. und verlangte gewisse Mittheilungen, aus denen er ersehen wollte, ob die Sache ernst sei. Das ist eine leichte Unvorsichtigkeit, nicht mehr. Tomps ist dafür versetzt worden. — Hirschs Bureau meldet: Der vom Kriegsminister Gallifet verabschiedete Offizier, der geheime, mit der Dreyfus-Angelegenheit in Verbindung stehende Dokumente entwendet und kopirt hat, ist ein aus dem Elsaß gebürtiger Franzose Namens Frisch.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Jetzt hat auch die Hauptarmee des Lord Roberts den Vaalfluß, die Grenze zwischen den beiden Republiken, erreicht. Ein Telegramm Lord Roberts aus Wolvehoek vom 26. Mai früh berichtet: Die Vorhut der Engländer überschritt Donnerstag bei Parys den Vaal. Die Abtheilung Hamiltons steht bei Boschbank. Die englischen Aufklärungsmannschaften stehen bei Viljvensdrift. Die dortigen Kohlenminen sind unbeschädigt. Die Arbeiten darin werden nicht unterbrochen. Südlich vom Vaal steht kein Bur mehr. — Eine Reutermeldung aus Pretoria bestätigt die Nachricht, fügt jedoch hinzu, daß die Buren die Brücke bei Vereeniging in die Luft gesprengt haben. Des Weiteren geht aus der Burenmeldung hervor, daß Roberts nicht recht unterrichtet ist, wenn er meldet, daß südlich vom Vaal kein Bur mehr steht; die Buren haben sogar Heilbron wiedergenommen und sind den Engländern bis Wolvehoek gefolgt.

Wie Reuter aus Newcastle meldet, hat sich dort der Freistaat-Beamte Koch ergeben; er erklärte angeblich, alle Burghers der Distrikte Harrysmith und Brede seien auf ihre Farmen zurückgekehrt und weigerten sich, den Kampf fortzusetzen.

Der „Cape-Argus“, ein allerdings wenig zuverlässiges Blatt, meldet aus Lourenzo-Marques, daß die Regierung von Transvaal Papiergeld emittire. Eine Abordnung einflußreicher Burghers habe dem Präsidenten Krüger gerathen, sich zu ergeben, worauf Krüger erwidert habe, die Sache liege in den Händen der Kommandanten. — Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet ebenfalls aus Lourenzo Marques: Die von der portugiesischen Regierung angehaltene, nach Transvaal bestimmte Waarensendung ist wieder freigegeben worden. In Komati Poort wurden alle Engländer ausgewiesen. Der Grenzort wurde neuerdings von Buren stark besetzt, da man die Zerstörung der dortigen Eisenbahnbrücke durch einen englischen Handstreich befürchtet. Nach einer Meldung desselben Blattes hat die Transvaalregierung den Zwangskurs über Noten verhängt, um der Goldentnahme aus der Nationalbank in Pretoria seitens des Publikums Einhalt zu thun.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus London gemeldet: Aus Brijburg läuft die Mittheilung ein, die Bahnstrecke bis Mafeking werde Mitte nächster Woche wieder fahrbar sein. Danach werde die Verbindung Bulawayo—Kapstadt wieder hergestellt werden. — Man erwartet hier einen scharfen Vorstoß des Generals Hunter.

Alle unter dem Verdacht, die Explosion der Geschützgießerei von Begbie herbeigeführt zu haben, Verhafteten in Johannesburg sind freigelassen worden. Ein Antrag, sie nochmals in Haft zu nehmen und über die Grenze zu schaffen, wurde vom Gericht abgelehnt.

Aus Mafeking meldet „Reuters Bureau“: Die Buren, welche sich von Mafeking nach dessen Entsetzung zurückgezogen hatten, bereiten sich jetzt vor, den Engländern den weiteren Vormarsch von Mafeking an einem Punkte 10 engl. Meilen östlich der Stadt streitig zu machen.

Die Abweichung von strenger Neutralität in Oesterreich-Ungarn läßt sich England gern gefallen, da sie ihm zu Gute kommt. Nach den zahlreichen Pferdelieferungen aus Ungarn sind jetzt in Triest 40 Wagen mit Munition aus der Waffenfabrik Skoda in Pilsen angelangt und von dem englischen Dampfer „Standfordhan“ verladen worden. Der Kapitän hat Ordre, die Kisten, die nach Shanghai adressirt sind, erst auf hoher See zu öffnen. Die Munition ist ohne Zweifel für Südafrika bestimmt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 28 Mai 1900.

Achtung, Braunbierbrauer, Kutscher! Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten! Das Bureau befindet sich: Böttcherstraße 18, bei Boysen.

An die
arbeitende Bevölkerung Lübecks!

Ehrenpflicht jedes Arbeiters und jeder **Arbeiterin** ist es, die

Braunbierbrauerei-Arbeiter

moralisch zu unterstützen.

Oeffentliche Ziegeleiarbeiterversammlungen fanden am Sonntag Nachmittag statt in Moisling bei Schatt, wo Genosse Bartels, und in Lübeck bei Leeke, wo Genosse Friedrich referirte. Beide waren sehr gut besucht und verliefen vorzüglich. Besonders in Moisling war der Andrang ein ungewöhnlich starker. Dort ließen sich 102 Besucher in den Bauarbeiterverband aufnehmen, während demselben in Lübeck 38 der Theilnehmer beitraten. Die Gewerkschaft hat also einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen, der angesichts der Stimmung, welche in den höheren Regionen gegen die Arbeiterorganisationen herrscht, doppelt erfreulich ist.

Eine Rippenquetschung erlitt gestern Abend ein Fahrgast der elektrischen Straßenbahn auf der Strecke Lübeck-Israelsdorf auf bisher nicht völlig aufgeklärte Weise, anscheinend durch den Schlag einer Stange. Derselbe mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Ein Flugblatt, welches den augenblicklichen Stand der Lohnbewegung der Braunbierbrauereiarbeiter behandelt und die Bevölkerung zur Unterstützung der Ausständigen auffordert, wurde am Sonntag Morgen in der Stadt und der Umgebung prompt verbreitet. Ueberall hörte man Worte der Sympathie für die Streikenden und den Wunsch, das Genossenschaftsprojekt möge recht bald realisirt werden. Hoffentlich trägt der Appell die gewünschten Früchte. In große Aufregung über den kleinen Zettel gerieth ein Braunbierbrauereibesitzer in der Hüxstraße.

Wegen gewerbsmäßiger Wilddieberei und Angriffs auf den Forstbeamten Zylla, begangen an einem Dezembermorgen in der Krummesser Heide, wurde der Hafenarbeiter Eichhorst zu 3 Jahren Gefängniß und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Er ist bei dem Recontre mit dem Beamten angeschossen worden. Obwohl es ihm s. Zt. gelang, zu entkommen, ist er durch eine anonyme Denunziation verrathen worden.

= **Arbeiterrisiko.** Ein Opfer unserer unzulänglichen Einrichtungen am Hafen ist der Träger Rettich geworden. Er war mit einer Anzahl Kollegen und Schauerleute am Schuppen 22 in der Hafenstrafe mit dem Löschen des Dampfers „Marie Luise“ beschäftigt. Gegen 6 Uhr am Sonnabend Nachmittag ereilte ihn sein Schicksal. Die sehr lange Stelling gab nach und der Träger fiel sammt der Stelling und den darauf ruhenden Seifenkisten in die Trave Er tauchte nicht wieder auf. Erst gegen 8 Uhr wurde die Leiche des Verunglückten aus der Trave gezogen. Rettich war erst bei der Mitte April vorgenommenen Ergänzung der Trägerkorporation derselben beigetreten und erst seit 8 Tagen verheirathet. Wir können nicht umhin, den am Hafen thätigen Arbeitern den Vorwurf zu machen, daß sie zum Theil lange nicht energisch genug darauf dringen, daß für ihre persönliche Sicherheit genügend gesorgt ist. Die anzustellende Untersuchung wird ja ergeben, ob das im vorliegenden Falle geschehen ist. Passirt einmal ein Unfall, dann wird auf das schärfste der Schlendrian getadelt, in den die Leute nach wenigen Tagen schon wieder verfallen. Sie sollten **stets** von ihren Arbeitgebern verlangen, daß diese ausreichende Schutzvorrichtungen treffen und andernfalls die Arbeit rundweg verweigern. Sache der betheiligten Organisationen wird es sein, hier schroff vorzugehen. Uns wundert es, offen gestanden, daß nicht noch weit mehr Unfälle passiren.

Dem Schlächter überantwortet ist der Schafbock, dem ein Böttcher den unfreiwilligen Aufenthalt im Krankenhause verdankt. Wir würden es angesichts der ganzen Sachlage für eine Anstandspflicht der in Frage kommenden Firma halten, die Frau des Verunglückten, welche mit 6 Kindern jetzt mit dem Reste des Krankengeldes, etwa 5 Mk., sich durchschlagen soll, in der Weise schadlos zu halten, daß sie ihr den zum vollen Wochenlohn fehlenden Theil zulegt. Wir hoffen, daß diese Anregung genügen wird.

Vom Landgebiete. In Strecknitz ist der Hofpächter Schütt zum Vorsitzenden und an seiner Stelle Fischermeister Weidemann zum Mitgliede, in Vorwerk der Hufner Lampe zum Mitgliede des Gemeindevorstandes gewählt worden.

Der Drang nach Freiheit. Bei der Außenarbeit auf Koch's Schiffswerft ist am Sonnabend Mittag der Korrigende Moritz entwichen.

Die Prüfung von Seedampfschiffsmaschinisten findet am Dienstag, den 26. Juni cr., von Morgens 9 Uhr an, im Hause der Gemeinnützigen Thätigkeit, Königstraße 5, statt.

Zur Nachahmung empfohlen! Die Generalversammlung der Allgemeinen Krankenkasse, E. H. 32, zu Altona, beschloß, die Angestellten sämmtlich gegen Unfall zu versichern. Ein anderer sogenannter sozialreformatorischer Antrag betraf die Gewährung eines Sommerurlaubs für die Angestellten von je einer Woche ohne Gehaltskürzung. Auch dieser Antrag wurde genehmigt.

In das Genossenschaftsregister ist am 25. Mai 1900 eingetragen bei der Firma: „Lübecker gemeinnütziger Bauverein e. G. m. b. H.“ Wilhelm Heinrich Brans ist aus dem Vorstande ausgeschieden. Paul Friedrich August Oberländer in Lübeck ist zum Mitgliede des Vorstandes erwählt. Die Generalversammlung der Genossen hat am 26. April 1900 eine Abänderung des § 4 des Statuts beschlossen.

Achtung, Parteigenossen!

Alle etwaigen Beschwerden über die prinzipielle und taktische Haltung des „Lüb. Volksb.“ usw. sind zu richten an den Vorsitzenden der Preßkommission, Genossen **Asmus Beck,** Ziegelstraße 37 a.

Hamburg. Der Berliner Streik wirkt! Die Direktion der Hamburg-Altonaer Straßeneisenbahngesellschaft erhöhte, wie der „Hann. Cour.“ meldet, freiwillig das Monatsgehalt der Schaffner um 5 Mk. zur Vorbeugung des auch für hier drohenden allgemeinen Ausstandes.

Hamburg. Wegen Nachzahlung des ihnen während der Probedienstzeit zu wenig gezahlten Gehalts haben zahlreiche Post- und Telegraphen-Assistenten den Postfiskus verklagt. Es handelt sich um etwa 2 Millionen Mark. Die Zivilkammer des Landgerichts in Hamburg hat jedoch am Sonnabend die Kläger kostenpflichtig abgewiesen. Die Sache wird das Oberlandesgericht beschäftigen. Das Reichsgericht hat sich zu Gunsten der Assistenten ausgesprochen.

Briefkasten.

††† Dienstag 8½ Uhr.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 26. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1340 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 44—45 Mk., leichte 46—47 Mk., Sauen 36—41 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber das Haus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Dem Ingenieur **Richard John** zu seiner Vermählung mit der bekannten **Annie** aus Naumburg ein Hoch.

Die Concertgenossen.

Die besten Wünsche zu Großvaters Geburtstag senden

Martin, Paul, Martha.

Die besten Wünsche zu Großvaters Geburtstag senden

Emil und Hans.

Zu vermiethen 1 freundliches Logis.

Freundliches Logis für junge Leute. Schmiedestr. 25, 2. Et.

Zu vermiethen ein
Speicher in der Pagönienstr.
Näheres **Aug. Scheere, Holstenstr. 27.**
Thüringer Wurstfabrik.

Gesucht zum 1. Oktober eine **Wohnung** von zwei event. 3 Zimmer mit **Werkstelle** am liebsten in Mitte der Stadt. Offerten unter **H. M. 27** an die Expedition dieses Blattes.

Gesucht sofort ein
ordentlicher Knecht
der mit Pferden umzugehen weiß.
Aug. Scheere, Holstenstraße 27.
Thüringer Wurstfabrik.

Gesucht eine Waschfrau.
Näheres Wahmstraße 23.

Tüchtige Malergehilfen
finden dauernde Beschäftigung.
H. Müssig, Malermeister, Karpfenstr. 18

Ein Fuder Mutterboden
hat abzugeben.

Mehrere neue rothe Betten, äußerst billig. Blumenstr. 17. 1. Et, **am Lindenplatz.**

Empfehle allen Freunden und Gönnern meine
Brodniederlage
der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei.
F. Köster, Eutin, Friedrichstr. 2.

Kartoffeln
in vorzüglichster Qualität
Karl Voss, Alfstraße 18.

H. Prüssmann & Sohn
Inh.: **Martin Prüssmann**
23 Marlesgrube 23
empfehlen ihr großes Lager von den einfachsten bis zu den elegantesten gut gearbeiteter
Mobilien und Polsterwaaren.

Fr. Grünau,
Mandatar.
Bureau: Beckergrube 8.
Fernsprecher Nr. 1048.

Fein im Geschmack und Brand sind meine
4, 5 und 6 Pfg.-Cigarren
in Kisten von 2,50 Mk. an, 10 Stück einer Sorte zum Kistenpreise.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Leere Farbetonnen
hat abzugeben
Friedr. Meyer & Co.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,

W. Blumenthal

Schuhwaarenlager

Kohlmarkt, Ecke Sandstr.

Trotz enormer Steigerung der Lederpreise verkaufen noch zu den alten Preisen.

Damen- rossl. **Schnürschuhe** 3,50.

Damen- rossl. **Knopfschuhe** 3,50.

Damen- rossl. **Spangenschuhe** 3,50.

Damen- rossl. **Hausschuhe** 3,00.

Damen- **Chic-Schuhe** 3,50.

Damen- braune **Knopfschuhe** 4,50.

Damen- braune **Spangenschuhe** 4,50.

Damen- braune **Schnürschuhe** 4,50.

Damen- braune **Knopf- und Schnürstiefel** 6,50, 7,50.

Herren- **Zug- und Schnürschuhe** 4,50.

Herren- **Stiefeletten** genagelt 5,50.

Herren- **Schnürstiefel** 7,50.

Herren- **Besatzstiefel** 4,50.

Herren- **Promenadenschuhe** 6,50. 7,50.

Kinder- **Stiefel u. Schuhe** in großer Auswahl

Damen- **Lastingschuhe** 1,80.

Damen- **Lederpantoffeln** stark genagelt 1,80.

Herren- **Strandschuhe** schwarz und braun mit Lederfutter 3,50.

Tilsiter Fett-Käse
alt und schnittig, Pfd. 35, 40, 45 u. 60 Pfg.
Holsteiner Käse
alt und pikant, Pfd. 20 u. 25 Pfg., empfiehlt
Koop, Glockengießerstraße 31.

Königstr. 82a. Ecke Wahnstr. **J. Carl Berger** Königstr. 82a Ecke Wahnstr.
empfiehlt
Lübecker Nordhäuser u. Hildesheimer } **Kautabacke**
sowie **Shag- u. Rauchtabacke.**

Holzarbeiter-Verband.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 29. Mai 1900
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien." Referent: Genosse **Kasch.**
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht
Die Lokalverwaltung.

Günstiger Gelegenheitskauf.

Zu wirklich fabelhaft **billigen Preisen** verkaufe einen großen Posten zurückgesetzter Waaren, wie:
Lederhosen, Buckskinhosen und Zwirnhosen, Sommerjackets, Kajen, blaue Jacken für Schlosser, Parchendhemde, Damenhemde, Corsets etc.

Um möglichst schnell Platz für eintreffende Waaren zu schaffen, werden oben angeführte Artikel zu jedem annehmbaren Preise verkauft und bietet sich somit Gelegenheit, für **wenig** Geld **wirklich starke** Waare zu erhalten

Carl Herm. Mich. Stave
Weiter Krambuden 4, zwischen Post und Marienkirche.

Sommer-Jacketts u. -Hosen

empfiehlt
Carl Herm. Mich. Stave Weiter Krambuden 4 zwischen Post und Marienkirche.

Raffia-Bast
en gros & en detail empfiehlt
Obertrave 8. Ludwig Hartwig.

Verloren auf dem Wege von der Jahnseiche b. Israelsdorf 10 Ballkarten des Verbandes der Schneider. Abzugeben Wakenitzmauer 140.

Puddingpulver Packet 10, 15 u. 20 Pfg.
Rothe Grütze, Backmehl, Vanille, Backpulver, Vanillezucker.
Doppelt gesiebtes, stets lockeres
Weizen-Dampfmehl
hält bestens empfohlen
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Kartoffeln

in allen Sorten, empfehlen billigst
Spethmann & Fischer.

Gesangverein „Eintracht".

Garten-Concert
mit nachfolgendem Ball
im Lokale des Hrn. Griesbach
(Gesellschaftshaus Adlershorst.)
am 2. Pfingstfeiertag.
Anfang des Concerts 4 Uhr Nachmittags, bis 7 Uhr Abends, Ball 7 Uhr, Ende 2 Uhr.
Mitglieds-Karten müssen vorgezeigt werden.
Einführung gestattet.
Das Fest-Comitee.

Tivoli-Theater.

Dienstag den 29. Mai:
Operettenposse
Der Walzerkönig.
Operettenposse in 4 Akten von Mannstädt.
Die Direction.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kusch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 122. Dienstag, den 29. Mai 1900. 7. Jahrgang.

Das fressende Uebel.

cv. Das Zentrum wird von allen bürgerlichen Parteien um seine parlamentarische Machtstellung beneidet. Allein, diese Machtfülle bringt das Zentrum insofern in eine Zwickmühle, als es je nach seiner Neigung, Regierungs- und Volkspartei zu gleicher Zeit sein zu wollen, Verbeugungen vor der Regierung wie vor den Wählern fast gleichzeitig machen muß. Das ist in letzter Zeit so reichlich geschehen, daß Vergleiche zwischen dem Verhalten der nationalliberalen Partei während der Zeit ihrer ausschlaggebenden Stellung im Reichstage und dem jetzigen Verhalten der Zentrumspartei zu Ungunsten der letzteren ausfallen müssen.

Schmählicher sind wohl kaum je die Interessen der arbeitenden Klassen verrathen worden, als durch die Pfaffenpartei, an deren Stärkung übrigens die Herrschsucht Bismarcks und die Intoleranz seiner nationalliberalen Trabanten nicht geringe Schuld trug. Die „Kulturkampf"-Gesetze wirkten als Ausnahmegesetze in den katholischen Wählermassen außerordentlich günstig für die Zentrumspartei, die sich als verfolgte Unschuld und unterdrückte Volkspartei trefflich aufzuspielen verstand. Und heute noch zehrt das Zentrum von den Resten der „Kulturkampf"-Periode, indem es die Schädigung kirchlicher Interessen als Folge der Restgesetze — Jesuitenausweisung usw. betreffend — vorschiebt. Damit ködert es die gläubigen katholischen Wähler, unter denen die Arbeiter die größte Zahl bilden.

Diese Blindgläubigkeit ist eine der Ursachen, die es dem Zentrum erlauben, das elende Spiel hinsichtlich der Flottenvorlage zu treiben. Die unvermittelte Schwenkung von der Oppositionsstellung bis zu dem bauchrutschenden Bewilligungseifer ist zwar so auffällig, daß manchem gutgläubigen Zentrumswähler die Schuppen von den Augen gefallen sein mögen und dem Zentrum ein gut Theil öffentliches Vertrauen verloren gegangen ist, aber es wird noch länger mit Erfolg sein Doppelspiel treiben können, wenn — nicht die Arbeiter selbst eine wirksamere Agitation dagegen eröffnen.

Nicht umsonst hat die Zentrumspartei die christlich-sozialen Arbeitervereine gegründet. Sie weiß, so lange sich Arbeiter zu solchen Machenschaften benutzen lassen, laufen sie der Partei auch bei Wahlen nach. Mit krampfhaften Anstrengungen wird daher die Gründung katholischer Arbeitervereine betrieben. In diesen Vereinen blüht der sozialpolitische Schwindel des Zentrums; mit Hilfe dieser Vereine werden die nichtorganisirten katholischen Arbeiterwähler in der Unwissenheit erhalten, denn nur dann, wenn sie unwissend bleiben, lassen sie sie sich von der Pfaffenpartei auch ferner in's Schlepptau nehmen.

Die Unwissenheit ist das fressende Uebel, das mit aller Macht bekämpft werden muß.

Es ist wahr, politische Vorgänge wirken oft selbst auf Indifferente so stark ein, daß bei richtiger Ausnutzung politischer Geschehnisse diese Indifferenten aus ihrer Gleichgültigkeit herausgerissen, belehrt und auf die richtige Bahn geführt werden können. So wird dem Zentrum mancher Wähler abtrünnig gemacht durch eindrucksvolle Erklärung des schnöden Spieles, das die Zentrumspartei treibt, um in allen ihren Wählergruppen Boden zu behalten. Und die politische Partei der Arbeiter, die Sozialdemokratie, wird das ihrige thun, die Situation gegen das Zentrum auszunützen.

Aber die Aufgabe, das Zentrum bei den Arbeiterwählern aus dem Sattel zu heben, erfordert aus den bereits angeführten Gründen, daß die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter dem sozialpolitischen Zentrumsschwindel in den christlichen Gewerkschaften zu Leibe gehen. Man hüte sich, die fortwährenden Neugründungen christlich-katholischer Arbeitervereine zu unterschätzen. Gerade seit das Zentrum mehr und mehr in das Regierungslager gerathen ist, betreibt es mit auffälligem Eifer diese Gründungen. Es weiß, was ihm diese nützen; es rafft sie zusammen, um sie als einen Schutzwall gegen das Vordringen der Sozialdemokratie in katholischen Arbeiterkreisen zu gestalten. Dieser ausgesprochene Zweck zeigt den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern deutlich, wo sie mit ihrer Agitation einzusetzen haben.

Wollen die geistlichen Macher die Arbeiter in einen konfessionellen Gegensatz zu einander bringen, betreiben sie systematisch die Verhetzung zwischen sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern und Mitgliedern der christlichen Gewerkvereine, dann ist es die Aufgabe der freien Gewerkschafter, dieser Verhetzung entgegenzuwirken, durch geschicktes Eingreifen die künstlich erzeugte Spannung zu lösen. Mittel und Wege finden sich. Die Interessen der Arbeiter sind gleiche, dafür muß das Verständniß der mißleiteten katholischen Arbeiter geweckt werden. Die aufrichtige, ehrliche und freimüthige Vertretung ihrer Interessen verstehen die Arbeiter sehr wohl, die leider noch ihre Mitarbeiter für sich kämpfen lassen, ohne ihnen zur Seite zu stehen. Dieses Beiseitestehen darf aber die Kämpfenden nicht verdrießen; sie müssen bedenken, daß nichts so viel Geduld erfordert, wie der Kampf gegen Unwissenheit. Einmal wird dieser Kampf doch mit Erfolg gekrönt.

Das Zentrum, die Partei für geistige Verdunkelung des Volkslebens, ist durch die modernen Zustände gezwungen, sich als Vertreterin der Interessen der ihr anhängenden Arbeiter aufzuspielen, besonders gezwungen durch den Kampf der freien Gewerkschaften, deren Thätigkeit auch den katholischen Arbeitern immer mehr einleuchtet. Das will das Zentrum verhüten, denn es spekulirt auf die Unwissenheit der Arbeiter; die Unwissenheit macht feig und lenksam. Daher die ständige Hetze gegen die freien Gewerkschaften; daher die versuchte Einschränkung des öffentlichen geistigen Lebens der Nation durch rückständige Gesetze; daher das Streben des Zentrums nach Erweiterung oder wenigstens Erhaltung seiner politisch-parlamentarischen Macht, zu welch letzterem Zweck es gelegentlich noch eine heuchlerische Scheinopposition im Parlament treibt, die ihm die Arbeiter- 2c. Wähler erhalten soll. Denn ohne diese Wähler kann das Zentrum nicht bestehen.

Diese Thatsache muß auch diejenigen belehren, die da meinen, man befasse sich zu viel mit der Zentrumspartei und lege ihrer Macht zu viel Gewicht bei. Jetzt zeigt sich's ja im Reichstage, wie brutal die schwarze Garde ihre Macht ausnützt. Gegen diese Anmaßung, Ueberhebung und Rückwärtserei muß im öffentlichen Leben mit allen Mitteln angekämpft werden, da sich auf dem parlamentarischen Kampffeld kein dauernder Erfolg gegen diese Partei erringen läßt, wenn man nicht ihre Wähler abtrünnig macht und dadurch die Zahl der Zentrumsmandate dezimirt. In der Zahl ihrer Arbeiter-Wähler liegt die Kraft der Zentrumspartei. Nur Aufklärung kann diese Wähler in das Lager der Arbeiterpartei herüber bringen.

Gelingt es nicht, den christlich-katholischen Gewerkvereinlern die Ueberzeugung beizubringen, daß ihre Interessen am besten durch die Arbeiterpartei vertreten werden, dann hat das Zentrum an diesen Arbeitern die besten Stützen. Mit andern Worten: Das Zentrum ist nicht endgültig zu besiegen, so lange es die Herrschaft über die christlich-katholischen Arbeitervereine hat.

Diese Stätten für Verbreitung politischer Unwissenheit müssen kräftig in Angriff genommen, d. h. die wirksamste Art der Belehrung muß gegen sie gerichtet werden.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Berliner Glasschleifer ist beendet. Der Bund der Arbeitgeber hat den Verband der Glasschleifer anerkannt und die Aussperrung der am 2. und 5. Mai in Streik getretenen Arbeiter vollständig aufgegeben. — Die Angestellten der Siemens und Halskeschen Straßenbahn in Berlin beabsichtigen jetzt, nachdem ihre Kollegen von der „Großen Berliner" eine Gehaltserhöhung durchgesetzt haben, ebenfalls wegen Aufbesserung ihrer Gehälter und Verkürzung der Dienstzeit vorstellig zu werden. — Die Spandauer Maurer beschlossen, dem Bau-Arbeitgeberbunde eine Anzahl Forderungen schriftlich zu unterbreiten, von welchen die Forderung eines Stundenlohnes von 60 Pfg. (bisher 50 Pfg.) und der Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden (bisher 10 Stunden) besonders hervorzuheben ist. — Die Maurer in Gifhorn (Hannover) streiken. Sie fordern pro Arbeitsstunde 30 Pfg. bei 10stündiger Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends mit 2 Stunden Essenszeit. — Die Maurer und Bauarbeiter am Bau der Zementfabrik in Schönebeck a. d. Elbe haben die Arbeit niedergelegt. — Die Bäckergehülfen in Frankfurt a. M. haben an die Arbeitgeber folgende Forderungen gestellt: Minimalwochenlohn Schießer 27 Mk., Teigmacher und Weißmischer 24 Mk., Backstuben- und Backhauswärter 20 Mk. Bereits bezahlter höherer Lohn wird weiter bezahlt. Das zum persönlichen Bedarf nöthige Brod erhalten die Gehülfen unentgeltlich, Ankleideraum und Waschgelegenheit werden zur Verfügung gestellt. Die gesetzlichen Bestimmungen über den Maximalarbeitstag und die Sonntagsruhe werden in vollem Umfang eingehalten, erlaubte Ueberstunden mit 40 Pfg. bezahlt. An den drei Festen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, ruht vom zweiten auf den dritten Feiertag die Arbeit. Für Aushülfe erhält ein Schießer 6 Mk., ein Teigmacher und Weißmischer 5 Mk., ein Backstuben- und Backhauswärter 4 Mk.; dauert die Aushülfe länger als drei Tage, so unterliegt dieser Tarif der freien Vereinbarung. Eine zum Sonnabend Nachmittag einberufene Gehülfenversammlung sollte über einen etwaigen Ausstand beschließen.

Strafgefangene als landwirthschaftliche Arbeiter. Nach einem an die Landrathsämter gerichteten Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel sollen, um der Leutenoth zu steuern, die Gefangenen der Strafanstalten als Arbeiter an die Landwirthe abgegeben werden. Diejenigen Landwirthe, welche Anstaltsgefangene verwenden wollen, haben für einen Unterkunftsraum zu sorgen, in welchem die Gefangenen nach der Arbeit untergebracht und bewacht werden können. Die Kosten pro Mann und Tag stellen sich auf etwas über eine Mark.

Ueber die Straßen-Unruhen, welche am Sonnabend und Sonntag aus Anlaß des Ausstandes der Berliner Straßenbahn-Angestellten in mehreren Stadtgegenden vorgekommen sind, hat der Reg.-Rath v. Glasenapp am Montag einen abschließenden Bericht an den Vertreter des Polizei-Präsidenten, Geh. und Ober-Reg.-Rath Friedheim, abgegeben, den dieser Mittwoch dem Ministerium eingereicht hat. Ueber das Ergebniß der polizeilichen Ermittelungen hat dann der Dezernent Geh. Reg. Reg.-Rath v. Falkenhayn dem Minister des Innern Frhrn. von Rheinbaben Vortrag gehalten. Der Inhalt des umfangreichen Berichts, dem die Vernehmungs-Protokolle in Abschrift beiliegen, läßt sich in Kürze, wie folgt, zusammenfassen:

Die am Sonnabend Abend sistirten Personen dürften mit wenigen Ausnahmen Strafmandate wegen groben Unfugs zu gewärtigen haben, eine schwerere Strafe haben nur Diejenigen verwirkt, welche die Straßenbahnbeamten mit Sand geworfen, oder sonst thätlich angegriffen haben, wie z. B. ein Kutscher, der nach einem Motorführer mit der Peitsche geschlagen, ein anderer, der am Dönhoffplatz (beim Abschirren eines Pferdes der Straßenbahn) den Schaffner gemißhandelt hat 2c. Ungleich schwerere Delikte hat die Untersuchung bezüglich der Ausschreitungen am Rosenthaler Thor (Sonntag) ergeben. Hier nahmen die Vorgänge den Charakter des Landfriedensbruches bezw. Aufruhrs an. Vorweg bringt der Bericht eine Richtigstellung des Gebrauches von Schußwaffen seitens einzelner Tumultuanten; wobei übrigens bemerkt wird, daß nach den Ermittelungen der Polizeidirektion Schöneberg und der Straßenbahn-Gesellschaft selbst sich kein Anhalt für die Nachricht ergeben habe, daß in Schöneberg auf einen Straßenbahnwagen geschossen worden sei. Am Rosenthaler Thor hingegen ist thatsächlich ein Schuß auf einen

Sumpfland.

Roman von Dora Duncker.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Frau Rudolf nickte dem Kinde zu und wandte sich dann ab.

Was nun? Lieschen war gesund und heil von der Schule fortgegangen, hier gab es nichts mehr für sie zu erfragen.

Eng und immer enger schnürte die Angst ihre Brust zusammen. Es schien ihr kein Zweifel mehr, daß dem Kinde ein Unglück zugestoßen sei. In der Hast des Laufens konnte es überfahren, durch einen fallenden Stein getroffen, beinahe schlimmer noch, von rohen, schlimmen Menschen irgend wohin verschleppt sein!

Ihr Lieschen, ihr behütetes, vergöttertes Kind! Langsam, schwerfällig schleppte sie sich nach Haus.

Die Hoffnung, das Kind dort wieder zu finden, hatte sie aufgegeben.

Sie hatte sich nicht getäuscht, von Lieschen keine Spur.

Frau Wudicke rieth ihr, „man lieber gleich auf's Präsidium zu gehen, anstatt auf's Revier" — wenn schon, dann wüßten sie im Polizeipalast schon am ehesten Bescheid.

Martha folgte dem Rath.

Nachdem sie die weiten Höfe und endlosen Gänge des Riesengebäudes durchirrt hatte, gelangte sie endlich in die richtige Amtsstube.

Stockend, mit von Thränen erstickter Stimme fragte Martha nach ihrem Kinde.

Man zuckte die Achseln.

„Von einem verunglückten Kinde ist bisher nichts gemeldet. Kann ja noch kommen, ist noch früh am Tage."

Dann rief der Gefragte, die Feder wieder ergreifend, einem jüngeren Kollegen über die Schulter zu, er möge einmal nachsehen, ob sich unter den aufgefundenen Kindern ein achtjähriges Mädchen, „Lieschen Rudolf", befinde.

Mit schweren, langsamen Schritten ging der Angerufene durch das Zimmer bis zur Thür, im Vorübergehen die gebrochene Frau mit einem flüchtigen, gleichgiltigen Blick streifend.

Es war den in dieser Abtheilung arbeitenden Beamten ein sehr alltägliches Begebniß, daß eine Mutter nach ihrem Kinde suchte.

Meistens fanden sich die Vermißten bald wieder ein, und die Mütter hatten sich umsonst gehärmt und die Polizei um ein Nichts in Bewegung gesetzt.

Ab und zu ging es in dem großen Raume. Ein einziges Kommen und Gehen. Martha summte und sauste es vor den Ohren wie von rauschenden Wassern. Sie fühlte, ihre Kräfte gingen zu Ende. Nur die Antwort, ob ihr Kind gefunden sei oder nicht, würde sie noch zu verstehen im Stande sein.

Endlich kam der Schutzmann mit seinem langsamen, schleppenden Gang zurück.

Er zuckte die Achseln.

„Nichts. — Bei uns sind nur zwei Quarren unter drei Jahren. Auf den Revieren ist bis jetzt von einer Elise Rudolf nichts bekannt."

Martha wandte sich zum Gehen.

An der Thür rief der Wachtmeister ihr noch nach, um 9 Uhr nochmals wiederzukommen.

Martha wankte hinaus. Sie schlich durch lange labyrinthische Gänge, über breite, steinerne Treppen und Höfe, bis sie endlich einen Ausweg fand.

Als sie wieder auf der Straße stand, belebte die frisch gewordene Luft sie ein wenig. Sie konnte wieder denken.

Es kam ihr sogar einen Augenblick lang der flüchtige Gedanke, ihren Mann aufzusuchen und ihn um seine Unterstützung bei dem Suchen nach dem Kinde zu bitten.

Aber dieser Gedanke ging so flüchtig, wie er gekommen war. Nein, sie wollte keine gemeinsame Sache mehr mit ihm machen. Sie waren fertig mit einander. Nach seinem Abschied gestern hatte sie das Kind als ihr allein zugehörend betrachtet. Daran wollte sie festhalten.

Ein unbeschreiblicher Ausdruck ging über die angstverzerrten, todtenbleichen Züge der Frau.

Sie erschauerte.

In wenigen Stunden sollte sie hier zurückkehren. Dann hatte man ihr Lieschen vielleicht gefunden und — seine Leiche im Arm kehrte sie heim und legte eine Todte auf das Lager nieder, auf welchem dem Kinde der Festschmuck zu einem frohen Tage bereitet war.

Frau Wudicke kam ihr schon im Thorwege entgegen und redete ihr gutmüthig zu, in ihre Wohnung zu gehen und sich niederzulegen.

„Sie sehen ja wie der leibhaftige Tod aus, Frau Anwalten. Sehen Sie wohl, da schwanken Sie schon wieder. Na, wenn Sie denn durchaus nicht hinauf wollen, dann treten Sie doch wenigstens hier mal ein bischen näher, und nehmen Sie 'n Schluck, mein Alter sagt, das ist für Alles gut, ob's so oder so kommt," und dabei schenkte die Frau eine scharfriechende, gelbliche Flüssigkeit in ein kleines Glas und hielt es Martha an den Mund. Sie schauderte vor dem Fuselgeruch zurück, schließlich aber setzte sie es doch an die Lippen. Es war ihr einen Augenblick gewesen, als ob die Sinne ihr zu schwinden drohten, und sie wollte nicht schwach, nicht bewußtlos werden, nicht unfähig zu dem einzigen, was ihr auf der Welt zu thun blieb, ihr Kind zu suchen, ihr Kleinod, bei Tag und bei Nacht, bis sie es gefunden, lebendig oder todt!

Das scharfriechende Getränk schien ihr Kehle und Magen

Wagen abgegeben worden, der die Fensterscheibe zertrümmert und beinahe eine Dame verletzt hat; es sind auf dem Platze auch einige Revolver-Schrotpatronen gefunden worden, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß mehrere Schüsse abgefeuert worden sind, indeß hat sich Positives nicht ermitteln lassen. Die weitere Meldung, daß auf Polizei-Offiziere geschossen worden und der Thäter ergriffen worden sei, ist auf folgenden Vorgang zurückzuführen. Den Revierleutnant Hetschko machte ein Herr, der nachher im Gewühl nicht mehr aufzufinden war, darauf aufmerksam, daß ein in der Umgebung des Offiziers stehender Mensch Miene mache, auf ihn, den Polizeileutnant, zu schießen. Dieser erblickte denn auch in der That einen funkelnden Gegenstand, der einer Schußwaffe ähnlich war, in der Hand des Mannes. Dieser entfloh und verschwand seinen Verfolgern, als er, zugleich mit einem wüsten Menschenknäuel in ein Haus flüchtete. Auf dem Boden des letzteren entdeckten die Schutzleute schließlich einen jungen Mann, der sich nicht im Besitze einer Schußwaffe befand und erklärte, er habe, als die Polizeibeamten mit gezückten Säbeln in das Haus gedrungen seien, die Flucht ergriffen und sich versteckt, weil er für sein Leben fürchtete. Diese Angabe wird nicht für unglaubhaft gehalten, so daß bezüglich dieses Attentats die Untersuchung ergebnißlos bleiben dürfte. Der oben erwähnte Schießbold hingegen ist überführt worden.

Unter den Verhafteten und zum Theil Verletzten befindet sich der größte Theil der Haupträdelsführer; diese dürften zum Theil wegen Landfriedensbruch, zum Theil wegen Aufruhrs in Anklagezustand versetzt werden. Einige der Festgestellten dürften glimpflicher davonkommen, wenn ihnen weder Widerstand noch Gewaltthätigkeit nachgewiesen werden kann; sie trifft dann nur die Strafe des „Auflaufs", weil sie sich nach der dritten Aufforderung des zuständigen Beamten nicht entfernt haben. Die Unkenntniß der erfolgten Aufforderung schützt nach einer Reichsgerichtsentscheidung vor Strafe nicht. Von den verletzten Schutzleuten haben zwei Messerstiche erhalten; der am Alexanderplatz mit dem Pferd gestürzte Beamte ist dadurch zu Falle gekommen, daß er in der Hitze des Gefechts über das den Rasen umschließende Gitter gesprengt ist. Der schwerverletzte Kaufmann Bruseberg soll sich nach den übereinstimmenden Aussagen von Augenzeugen wie ein Rasender geberdet und wie wild auf die Schutzleute mit seinem Stock eingehauen haben. Die polizeilichen Protokolle werden demnächst der Staatsanwaltschaft zugestellt werden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Bei Wittingen, Kreis Isernhagen (Hannover), sind 30 000 Morgen Wald und Heide niedergebrannt. Viel Wild ist umgekommen. — Der große Elberger Moorbrand gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Das Feuer hat bereits den Emskanal übersprungen und die herzoglich Arenbergschen Forsten ergriffen. Es ist zunächst unmöglich, dem gewaltigen Brande Einhalt zu thun, trotzdem rastlos gearbeitet wird. — Von einem Motorwagen der elektrischen Bahn wurde Donnerstag Abend in Düsseldorf auf der linksrheinischen Rampe der Rheinbrücke ein Personenfuhrwerk überfahren. Ein Kind wurde getödtet, vier Personen wurden schwer und fünf leicht verletzt. — Ein gemeiner Ueberfall wurde am Himmelfahrts-Morgen im Stadtwald von Frankfurt a. M. verübt. Ein Herr und eine Dame wurden auf einem Spaziergange von einer Anzahl junger Leute aus Niederrad überfallen und schwer mißhandelt. Der Mann wurde mit Messerstichen und Stockhieben schwer zugerichtet, während gegen die Dame ein Sittlichkeits-Attentat verübt wurde. Die Thäter sind verhaftet. — Bei dem Waldbrand im Mallwitzer Forst bei Sprottau sind 2500 Morgen total eingeäschert. Der größte Schaden trifft den Militärfiskus, der das Gelände zu dem Truppenübungsplatz für das 6. Armeekorps erst kürzlich erworben hat und bereits mit einem Berliner Unternehmer behufs Abholzung des 60 Quadratkilometer großen Platzes Unterhandlungen angeknüpft hatte. Den kleineren Schaden hat der Burggraf zu Dohna-Mallmitz. Die ursprünglichen Gerüchte, daß die Försterei Waldhaus eingeäschert und ein Forstbeamter verbrannt sei, bestätigen sich nicht. — In Drachenberg (Untersteiermark) fand Donnerstag 3 Uhr Morgens ein heftiges, wellenförmiges Erdbeben in der Richtung Süd-Nord statt. — Mit einer unbeleuchteten Fähre stieß bei Budapest der Personendampfer „Carl Ludwig" zusammen. Von den sieben auf der Fähre befindlichen Personen wurden drei gerettet, die übrigen vier ertranken. — Aus Budapest wird berichtet: In der Gemarkung von T.-Gyarmatha wurde der Schafhirt Rista Rußalin ermordet aufgefunden. Sein 19jähriger Sohn Johann war der Mörder, er hat sich bei der Temesvarer Staatsanwaltschaft bereits gemeldet, wo er mit der größten Kaltblütigkeit zu Protokoll gab, er habe den Alten ermordert, weil er ihm einen Trunk Branntwein verweigerte und ihn auch sonst brutal behandelte. Der entmenschte Sohn, der keine Spur von Reue verräth, wurde sofort in den Kerker abgeführt. — Die russische Kreisstadt Wiasma im Gouvernement Smolensk wurde durch eine furchtbare Feuersbrunst zum Theil eingeäschert. — Heftige Regengüsse haben im Gebiete der Wladikawkas-Eisenbahn große Verheerungen angerichtet. Der Bahndamm ist stellenweise unterwaschen; mehrere Stationsgebäude sind beschädigt; auch Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. — Ein fruchtbares Grubenunglück ereignete sich nach der „Magd. Ztg." am Dienstag in der Cunnock-Mine in Nordcarolina. Während alle Bergleute in der Tiefe arbeiteten, entstand eine Explosion. 50 Personen wurden getödtet, viele andere verletzt.

Ein freisinniger Biedermann. In der bekannten Klagesache, welche der Herausgeber der „Freien Presse für Elsaß-Lothringen", Genosse A. Bartl in Straßburg-Schiltigheim, gegen den Besitzer der freisinnigen „Straßburger Bürger-Zeitung", Oskar Riedel, wegen unlauteren Wettbewerbs anhängig gemacht hat, fand am Montag vor der Civilkammer des Landgerichts Straßburg, Abtheilung für Handelssachen, der erste Termin statt. Der Rechtsanwalt des Beklagten — dieser selbst war nicht erschienen, bestritt mit keiner Silbe die seinem Klienten zur Last gelegte unsaubere Handlungsweise, vom Tage der Gründung der „Freien Presse" an den in derselben inserirenden Geschäftsleuten fortgesetzt anonyme Zuschriften übersandt zu haben (meist in Form von Randnotizen, auf den ihre Annonce enthaltenden Nummern der „Freien Presse"), worin unter allerlei wahrheitswidrigen Hinweisen auf den angeblich niedrigen Abonnentenstand, die schlechte Finanzlage und das baldige Eingehen ꝛc. unseres Partei-Organs vom weiteren Inseriren in demselben abgerathen wird. An Stelle einer bündigen Erklärung über die Thäterschaft Riedels verlegte sich sein Rechtsbeistand darauf, die Legitimation Bartls zur Klageerhebung zu bestreiten, da nicht dieser, sondern „eine hinter ihm stehende Person" Eigentümer der „Freien Presse" sei. Bartl sei also nicht geschädigt und deshalb inkompetent zur Erhebung der Klage. Als Beweis hierfür berief sich der Vertreter des Beklagten auf das Zeugniß der derzeitigen fünf Mitglieder des Partivorstands in Berlin und beantragte deren eidliche Vernehmung. Genossen Bartl war es ein leichtes, an der Hand des zwischen diesem und unserer Straßburger Parteibuchhandlung bei Gründung der „Fr. Pr." abgeschlossenen Vertrags diesen Einwand zu entkräften, umsomehr, als Bartl bereits auch einmal in einem Preßprozeß als Verleger zur Verantwortung gezogen wurde. Der Antrag des Klägers geht dahin, den Beklagten, dessen Thäterschaft nunmehr außer allem Zweifel steht, zur Einstellung der erwähnten geschäftsschädigenden Zuschriften zu verurtheilen bei einer Entschädigungssumme von 100 Mk. für jeden weiteren Fall, ferner ihm eine einmalge Entschädigung aufzuerlegen, deren Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, und endlich auf Veröffentlichung des Urtheils in einer Reihe reichsländischer Blätter auf Kosten des Verurtheilten zu erkennen. Die weitere Verhandlung findet am 28. Mai statt.

Aus dem Lande der frammsten Gottesfurcht und frömmsten Sitte, aus Oberschlesien, sei der folgende bezeichnende Vorfall mitgetheilt: Im Dezember v. J. wurde in Laurahütte das Kind einer blutarmen Wittwe begraben. Das Kind erhielt nicht einmal ein besonderes Grab, sondern kam in ein offenes Grab (!), in dem sich bereits eine andere Kinderleiche befand (!). Doch diese Schändung der Armuth genügte dem Todtengräber Gawel aus Laurahütte nicht. Kaum hatte er den Sarg in's Grab gesenkt, da fragte er die unglückliche am Grabe stehende Mutter, wer das Begräbniß bezahlen werde. Als die Frau sagte, daß sie das nicht könne, weil sie vollständig mittellos sei, sprang der fromme Todtengräber in's Grab, nahm den Sarg des Kindes heraus und rief: „So lange nicht bezahlt wird, wird das Kind nicht begraben!" Und der brave Christ aus Laurahütte ließ in der That den Sarg des jungen Proletariers mehrere Tage und Nächte unbegraben auf dem Kirchhof stehen. Wegen Grabschändung bekam er für seine Nichtswürdigkeit **6** Monate Gefängniß.

Sie mag nicht! Aus Amstetten (Niederösterreich) wird dem „Neuen Wiener Tagbl." berichtet: In der hiesigen Stadtpfarrkirche sollte dieser Tage die Trauung eines Paares stattfinden. Als die Ceremonie beginnen sollte, ging wohl der Bräutigam zum Altar, aber die Braut blieb in der Bank sitzen und konnte weder durch den Meßner noch durch die Hochzeitsgäste bewogen werden, zum Altar zu treten, um das bindende „Ja" zu sagen. Da alle Versuche, die Braut an den Altar zu führen, vergeblich blieben, mußte selbstverständlich die Trauung unterbleiben. Wie man erzählt, soll der bedeutend ältere und schon zwei Mal verwittwete Bräutigam seine ersten zwei Frauen nicht besonders zart behandelt haben. Dies dürfte auch der Grund gewesen sein, warum die Braut, die hiervon erst am Hochzeitstage durch einen der Hochzeitsgäste Kenntniß erlangt hatte, im entscheidenden Moment, für die Zukunft fürchtend, die Trauungsceremonie vereitelte.

Arme Aktionäre! Man berichtet aus Monte Carlo: Die Spielbank von Monte Carlo hat in dem Geschäftsjahre 1899-1900, das am 30. April ablief, „blos" 24 Millionen Franks gewonnen, gegen 27,4 Mill. Franks im Vorjahre. Der Rückgang ist dem südafrikanischen Kriege zuzuschreiben, der von der Spielbank einen guten Theil des englischen Publikums fernhielt. Wenn man bedenkt, daß das wirklich eingezahlte Kapital der Spielbank 3 Millionen Franks beträgt (die späteren Kapitalserhöhungen haben alle blos auf dem Papier stattgefunden) so sind ja 24 Millionen Franks Jahresgewinn immerhin keine üble Einnahme, aber die Aktionäre der Spielbank sind nun einmal an noch fettere Dividenden gewöhnt, und sie sind äußerst mißvergnügt darüber, daß sie sich in diesem Jahr mit einem geringeren Profit begnügen müssen. Wie der Spielgewinn, so ließ im vergangenen Jahre auch der Ertrag der Hotels und Geschäftshäuser, die der Spielbank gehören, zu wünschen übrig. Das Café-Restaurant de Paris, das dem Kasino gegenüberliegt, vereinnahmte im abgelaufenen Geschäftsjahre 687 000 Franks gegen 966 000 Franks im Vorjahre. Die Selbstmorde waren im Berichtsjahre zahlreicher als je: 37 im Ganzen. Hierzu kommen noch zahlreiche „Unglücksfälle", die in Wahrheit auch nichts Anderes sind als Selbstmorde unglücklicher Spieler. Wenn sich ein Selbstmörder auf der Eisenbahn überfahren läßt oder in's Meer springt, so gilt dies in Monte Carlo nie als Selbstmord, sondern stets als „Unglücksfall." Um von der Spielbank als Selbstmörder anerkannt zu werden, muß man sich erhängen, erschießen oder vergiften, und womöglich einen Brief zurücklassen mit der Erklärung, daß man sich wegen Spielverlustes in Monte Carlo das Leben nehme. Dann sorgt die Spielbank für das Begräbniß und bezahlt wohl auch die Hotelschulden des Selbstmörders. Von den Besuchern der Spielbank begehen am häufigsten die Franzosen Selbstmord, dann kommen die Italiener, die Russen und die Deutschen. Engländer schießen sich wegen Spielverlusten äußerst selten eine Kugel vor den Kopf. Wenn sie ihr Geld verloren haben, wandern sie nach einer englischen Kolonie aus und verdienen neues.

Streikende Artilleristen. In Verden a. d. Aller streiken die Artilleristen, indem sie seit einiger Zeit nicht mehr tanzen. Die Marssöhne haben in den Tanzlokalen pro Abend 1 Mark zu bezahlen; sie wollen jedoch für die Folge, wie solches auch in anderen Städten üblich ist, nur 30 Pf. bezahlen. Da die Streikenden fest zusammenhalten und die Tänzerinnen ohne die Artillerie das Vergnügen nur auf die Hälfte seines früheren Werthes taxiren, so werden sie wohl ihr Ziel erreichen.

Literarisches.

Für Gewerkschaften und politische Vereine besonders angebracht erscheint der eben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienene Führer durch das Invalidenversicherungs-Gesetz (Preis 25 Pfg.), der das Gesetz nach der Materie, nicht nach der Reihenfolge der Paragraphen behandelt. In 5 Hauptfragen, durch zahlreiche Untertitel übersichtlich geordnet, wird der ganze Inhalt des Gesetzes erklärt: 1) Wer ist versichert? 2) Wo ist man versichert? 3) Wie erreicht man den Versicherungs-Anspruch? 5) Wie wird der Versicherungs-Anspruch geltend gemacht? Je mehr die Versicherungs-Gesetze praktische Bedeutung erhalten und je umfangreicher sie werden, umsomehr werden für die Arbeiter solche Führer durch das Gesetz nothwendig. Der Verlag theilt uns mit, daß Vereine und Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern von Vereins wegen diese Broschüre zugängig machen, besonders billige Berechnung erhalten. Ein besonders ausführliches Sachregister erleichtert den praktischen Gebrauch.

---

versengen zu wollen, aber sie trank es tapfer bis auf den letzten Tropfen aus.

„Recht so, Frau Anwalten. — Na, und nun seien Sie vernünftig, steigen Sie rauf und lassen Sie das Rumlaufen sein. Es kommt ja doch nichts dabei raus. Wenn dem Lieschen ein Unglück passirt ist, meint mein Alter, na, dann können Sie's nun auch nicht mehr ändern — und sonst kommt sie schon von selber wieder retour. — Denken Sie bloß an Michalski'n seinen Karl, fünf Tage war er weg gewesen, und ganz heil kam er wieder."

Andere Hausbewohner, denen der Fall mit der Zeit auch interessant geworden war, hatten sich um Frau Martha gesammelt, die bereits wieder vor der Kellerthür auf der Straße stand.

Sie stimmte der Schneidersfrau ausnahmslos bei.

„Es lohnt sich nicht, die eigenen Kräfte dabei zuzusetzen. Es kommt nichts dabei raus. Verlieren is in ne Millionenstadt leichter als wiederfinden. — Nachher, wenn sie wiederkommen, feste an 'nen Kanthaken kriegen und verwichsen, daß sie's Weglaufen verlernen — das ist die Hauptsache.

Martha schüttelte zu Allem stumm den Kopf.

Dann war sie wie ein Schatten zwischen den schwatzenden Hausgenossen durchgeschlüpft. Und ehe sie noch gewahrt hatten, daß die „Frau Rechtsanwalten" nicht mehr zwischen ihnen stand, hatte Martha den Ausgang der Straße bereits erreicht.

Die Dämmerung war inzwischen hereingebrochen, nicht lange mehr, dann sank der Abend nieder und sie konnte wieder in jenen Riesenbau zurückkehren, in dem das namenlose Elend, die dunklen Verbrechen, aller Schmutz und Schlamm der Millionenstadt zusammenströmen.

Aber bis dahin — wohin? wohin?

Ziel- und planlos irrte Martha durch die Straßen, durch Stadttheile, die ihr Fuß nie zuvor betreten, an Wasserläufen vorüber, die ihr Auge nie zuvor gesehen. Wo eine Gruppe von Menschen lebhaft sprechend beisammen stand, schlich sie scheu und lauernd hinzu, ob man von einem verunglückten Kinde spräche.

Auf jeder Brücke, an den Ufern der Spree und Kanäle blieb sie stehen, wo immer sie Einen oder Mehrere in's Wasser blicken sah. Dann starrte auch sie in den dunkeln Spiegel hinab und wartete auf ein blondes Haupt, das über der trüben Fluth auftauchen sollte.

Dann war Martha in eine Gegend gekommen, wo keine Wasserläufe die Straßen durchschnitten, eng und winkelig waren die Gassen und still war es um sie her, nachdem noch eben auf einer breiten Verkehrsstraße das Leben sie brausend umtost hatte. Auf einer ausgetretenen Steintreppe, die zu einer breiten Hausthür emporführte, hockten ein paar elende, weibliche Gestalten.

Martha blieb einen Augenblick stehen. Da fühlte sie sich plötzlich am Kleide gezupft. Dicht zu ihren Füßen kauerte ein altes, in schmutzstarrende Lumpen gehülltes Weib. Gesicht und Hände waren mit Kohlenstaub bedeckt, das spärliche graue Haar hing ihr unter einem zurückgeschobenen, graubraunen Wolltuch wirr um die Schläfen.

„Ha!" schrie sie ihr zu. „Wollen Sie etwa auch rein? Sie mit Ihrer noblen Kledage sollten uns nicht den Platz wegnehmen. Die Hausmutter ist heute schon so wie so nicht gut zu sprechen. Aber ich lasse nicht locker, rein muß ich!"

„Was meinen Sie?" Sie brachte es langsam lallend über die Lippen.

Die Alte brach in eine greuliche Lache aus.

„Na, thun Sie man nicht so. Sie werden doch wissen, daß hier 's Asyl ist. Sie sind ja schonstens drei Mal vorbeigependelt. — So was kennen wir doch!"

Martha stockte der Athem. Ein Asyl? Erbarmet Gott sich ihrer Qual? Sollte sie hinter dicken, düsteren Mauern ihr Kind wiederfinden?

„Sind — sind auch Kinder da drin?"

„Na gewiß doch. Klingeln Sie man. Wenn Sie wen suchen oder rausholen wollen, wird man Ihnen die Thür nicht vor der Nase zuwerfen — Ihnen überhaupt nicht," fügte die Alte bissig hinzu, und tastete mit ihren schmutzigen Fingern an Marthas grauem Kleide umher.

Wie gejagt eilte Martha die Stufen hinauf.

Dieses elende, schmutzstarrende Weib hatte eine ganze Welt neuer Hoffnungen in ihr erweckt. Lieschen konnte sich verlaufen haben oder irre geleitet worden sein, hier, im Asyl für Obdachlose, konnte sie Zuflucht gefunden haben — nicht einmal all diese entsetzlichen Stunden lang hatte sie an diese Möglichkeit gedacht.

Die Hand, welche die Klingel zog, zitterte vor bangfreudiger Erwartung.

Ein nicht mehr junges, stattliches, blondes Mädchen gab Martha Antwort auf ihre in fliegender Hast vorgestoßenen Fragen.

„Ein Kind? O ja, es sind auch Kinder hier, aber beinahe alle mit ihren Müttern — daß einzelne Kinder über Nacht aufgenommen werden, ist eine Ausnahme — indeß gerade gestern und heute — ein seltsamer Zufall."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.